

BDS und die Perspektiven für einen gemeinsamen demokratischen Staat in Palästina



Video-Beitrag von Prof. Richard Falk zur zweiten Palästina-Solidaritätskonferenz in Stuttgart, 10.-12.05.2013

Richard Falk ist Prof. für internationales Recht, Princeton Universität, Menschenrechtsbeauftragter der UN, USA

Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben, an der Konferenz in Stuttgart teilzunehmen. Ich wünsche, ich könnte persönlich bei Ihnen sein, den anderen Beiträgen zuzuhören und die Gemeinsamkeit mitzuerleben, die sicher neue Energien und Einsichten bei der Suche nach einer besseren Zukunft für die palästinensischen Menschen und für überhaupt alle Menschen bringen werden, die heute im historischen Palästina leben.

Der Titel meines Vortrags betont die Verbindung zwischen der BDS-Kampagne „**Boycott, Desinvestment und Sanktionen**“ und der Aussicht auf eine Ein-Staatenlösung für die palästinensische Suche nach einem gerechten und dauerhaften Frieden.

Gleich zu Beginn sollte ich aber sagen - und darin werden wir wohl alle übereinstimmen - dass die Zukunftsziele der palästinensischen Solidaritätsbewegung von den Palästinensern selbst gesetzt werden müssen. Teil des Rechts auf Selbstbestimmung ist die Wahl der Mittel und der Ziele, die ein derzeit unterdrücktes Volk für seinen Weg der Befreiung aussucht; und ich möchte ganz klar festhalten, dass ich jener Linie der nachkolonialen Welt beipflichte, die jedem Volk das Recht und das Privileg zugesteht, seine eigene Zukunft selber zu definieren.

Es liegt eine Schwierigkeit darin, diesen Gedanken im Verhältnis zu den Palästinensern in die Tat umzusetzen, weil es ihnen an Geschlossenheit fehlt, wegen der Frage über die Art, wie sie derzeit repräsentiert werden und wegen der Zersplitterung, in der sie leben - teils als Minderheit in Israel vor 1967, teils unter Besatzung und teilweise im Exil oder in Flüchtlingslagern in Nachbarländern. All das macht es sehr schwer zu bestimmen, wer im Jahr 2013 für die Palästinenser spricht, wer verfügt über das existenzielle Vertrauen des palästinensischen Volkes, um ihre Zukunft auf eine Weise planen und vermitteln zu können, die entschieden und verlässlich wirkt.

Ich denke, es gibt Gründe zu hinterfragen, wie die internationale Gemeinschaft das Problem gelöst hat, indem sie der Palästinensischen Autonomiebehörde, der regierenden Gruppe in Ramallah diese Art von Autorität gewährt hat, obwohl sie natürlich nicht für die regierende Gruppe in Gaza spricht und bei der palästinensischen Minderheit in Israel oder bei den Palästinensern im Exil und in den Flüchtlingsgemeinschaften nicht sehr gut angesehen ist. Somit lässt sich nur sehr schwer abschätzen, wie die Palästinenser hinsichtlich ihrer Anstrengungen vertreten werden sollten. Und das ist ein Punkt, dem einige der erfolgreichen Befreiungsbewegungen ausgewichen sind, indem sie entweder einen charismatischen Führer hatten, was zumindest ein vorübergehendes Gefühl der Einheit geschaffen hat. Dieses mag vielleicht nicht weiter anhalten, nachdem das erste ursprüngliche Ziel erreicht ist; aber so wird es immerhin möglich, dass der Kampf um Unabhängigkeit und grundlegende Rechte innerhalb der Bewegung, der diese Rechte zur Zeit vorenthalten werden, ohne ablenkende Streitereien vorstatten gehen kann.

In Anerkennung dieser Situation ist es meiner Meinung nach wichtig, sowohl kritische Ideen darüber zu befördern, inwieweit die Zwei-Staaten-Lösung dem Wohl des palästinensischen Volkes nicht hat dienen können, und zumindest Gründe für den Gedanken voranzubringen, dass eine andere Herangehensweise erfolgreicher sein und am Ende jene Art von Legitimität erreichen könnte, durch die an sich schon der Kampf vorangebracht werden würde. Die Führer der Welt, besonders die Vereinigten Staaten, verhalten sich weiterhin so, als sei die einzig gangbare Option die Zwei-Staaten-Lösung; diese ist in der Road Map enthalten, die von den Vereinten Nationen befürwortet worden ist, und die nun durch das Quartett unterstützt wird, das für die Durchführung der Road Map eingerichtet wurde. Aber dieser Ansatz scheint mir in Bezug auf die palästinensischen Perspektiven nicht nur zwecklos, sondern sogar schädlich zu sein. Vor allem hatte er zwanzig Jahre Zeit, seine Richtigkeit zu beweisen, und in Bezug auf palästinensische Chancen und Rechte ist die Situation heute schlechter als sie es 1993 war. Eine Sache ist, dass israelische Siedlungen jetzt über 600.000 israel. Siedler haben, die in Siedlungen leben, welche nach Art. 49 Abs. 6 der Vierten Genfer Konvention illegal sind. Außerdem werden die Palästinenser durch den Bau von Straßen beeinträchtigt, die nur von Israelis benutzt werden dürfen, durch ein ganzes Netzwerk solcher Straßen, die unter hohen Kosten gebaut werden und die zum Apartheid-Charakter der Besatzung beitragen, wie er über die Jahre seit 1967 aufgekommen ist. Und auch die

Trennungsmauer, die in erheblichen Teilen innerhalb des Gebietes errichtet wird, durch ein Weltgericht nicht nur als unrechtmäßig, sondern als ein Gebilde bewertet wurde, das unverzüglich abgebaut werden sollte, wobei alle palästinensischen Schäden auszugleichen wären.

Insofern denke ich, dass dieses Vertrauen auf die diplomatische Linie eines Zwei-Staaten-Weges den Palästinensern geschadet hat. Es hat bedeutet, dass die 22% des historischen Palästina, die für einen Staat gedacht waren, inzwischen erheblich vermindert sind, und zwar nicht nur in Bezug auf territoriale sondern auch im Hinblick auf den Zugang zu Ressourcen, insbesondere zu Wasser. Zusätzlich zu diesen Überlegungen erscheint die Idee eines ethnisch palästinensischen Staates an der Seite eines jüdischen Staates auch nicht vereinbar mit der heutigen Bejahung von Menschenrechten, der Würde jedes Einzelnen, der Gleichheit aller Menschen. Solche grundlegenden ethischen und politischen Ideen von einer legitimen Regierungsform lassen die Vorstellungen eines jüdischen Staates und eines palästinensischen Staates im 21. Jahrhundert nicht nur unvorteilhaft erscheinen, sondern vielmehr als gravierende Verletzung der Rechte all jener, die dort leben. Und eine weitere Schwierigkeit, die in der Betonung der Land-für-Frieden-Formel aufseiten der Verfechter einer Zwei-Staaten-Lösung liegt, ist das Maß, in dem sie dazu tendiert, gewisse Punkte aus unserer politischen Vorstellung zu tilgen wie etwa die missliche Lage der palästinensischen Minderheit in Israel, die Forderungen palästinensischer Flüchtlinge, ihr Recht nach internationalem Recht in Anspruch zu nehmen, und das Recht der Menschen, die in Ost-Jerusalem leben, eine Aussicht auf Souveränität in der Stadt zu haben, die ihnen heilig ist.

Lassen Sie uns also hoffen, dass diese Vorstellung von ethnischen und religiösen Staaten eine ist, die sich aus prinzipiellen und auch aus pragmatischen Gründen erübrigen wird. Den Punkt, den wir damit also innerhalb dieser Diskussion bisher erreicht haben, ist zu sagen, dass der zwischenstaatliche Ansatz erprobt und für fehlerhaft befunden wurde, dass das vereinbarte Ziel der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates immer weniger lebensfähig zu sein scheint, eine fehlende Überlebensfähigkeit, die durch den Ausblick auf die gegenwärtige Führung ins Israel noch bestärkt wird, weil diese keinen Hehl macht aus ihrem Bekenntnis zur israelischen Expansionspolitik, aus ihrer Befürwortung der Siedleragenda und daraus, dass sie generell der Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates entgegensteht oder sich dessen erwehrt.

Ich glaube, wir können ein bisschen kreativer darüber nachdenken, inwieweit die aktuelle palästinensische Situation dem Muster entspricht, dem sich die Anti-Apartheid-Bewegung zu Beginn der 1990er Jahre ausgesetzt sah, als ihre Bemühungen zum Aufbau einer weltweiten Solidaritätsbewegung, die von den Vereinten Nationen unterstützt wird, bemerkenswerte Ergebnisse erzielt hatten. Indes, es gab nur wenige auf der Welt, die ernsthaft an eine Möglichkeit glaubten, dass Apartheid ohne die Kraft eines blutigen Bürgerkrieges aufgelöst werden könnte. Was dann aber unerwartet eintrat, war, dass der Druck der BDS-Bewegung, die in die Anti-Apartheid-Kampagne integriert war, die weißen Eliten in Südafrika veranlasste nachzurechnen, worauf ihre zukünftigen Optionen real hinauslaufen würden. Und sie kamen zu dem allgemein erhellenden Schluss, dass sie besser daran täten, Nelson Mandela nach 27 Jahren Haft aus dem Gefängnis zu entlassen und den Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat zu erlauben, der Afrikanern politische Kontrolle über Südafrika geben würde.

Dieses Ergebnis war nicht vorhersehbar und ist auch nicht vorhergesehen worden. Aber es lässt erahnen, dass in der Politik oft das Unmögliche geschieht, und dass wir an unseren Überzeugungen darüber festhalten müssen, was richtig ist und was gerecht, und dass wir nicht genug wissen können, um den Chancen gegenüber pessimistisch zu sein. Die Attraktivität einer Ein-Staaten Lösung als Ergebnis liegt der Sinn zugrunde, politische Gemeinschaften zu finden, die alle ihre Mitglieder respektieren und die keine Gründe dafür geben, diskriminierende Strukturen einzuführen.

Es macht den Anschein, dass die weltweite Solidaritätsbewegung zur Zeit zunehmend glaubt, dass erstens diese Art von zivilgesellschaftlicher Militanz eine wirksame Form des Widerstandes gegen Israels Besatzung und seine weiterführenden expansionistischen Ambitionen ist, und dass sie innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft auf so viel Unterstützung bauen kann, dass daraus ein gemeinsames Unternehmen geschaffen werden kann. Außerdem trägt sie meiner Meinung nach den Geist der relativen Gewaltfreiheit weiter fort, den der palästinensische Widerstandskampf selber in den letzten Jahren für sich angenommen hat und der erst kürzlich durch eine Serie äußerst mutiger Hungerstreiks einen dramatischen Ausdruck gefunden hat, der die Welt auf die missbräuchlichen und unrechtmäßigen Haftpraktiken aufmerksam gemacht hat, auf die Israel sich stützt. Dazu zählen die sehr Furcht einflößenden nächtlichen Verhaftungen und der Rückgriff auf Verwaltungshaft-Anordnungen, bei denen ein Beschuldigter für sehr lange Zeit ohne jede Anklage oder Gerichtsverfahren festgehalten werden kann. Und dann scheinen die Betroffenen, ihr oder sein Leben, auch dadurch gefährdet zu sein, dass man sie zur Strafe zwar freilässt, aber dabei für eine Reihe von Jahren in den Gazastreifen deportiert, wodurch die meisten Häftlinge, die aus der Westbank kommen, auch noch von ihren Familien getrennt werden. Also ich denke, das, was wir damit vor uns sehen, ist die Möglichkeit in Richtung einer wirklichen demokratischen, nachkolonialen, politischen Demokratie zu arbeiten, die weder zio-

nistisch, noch islamistisch ist und die ethnisch weder jüdisch noch palästinensisch ist, und die all den Menschen und auch anderen Minderheiten, wie christlichen Minderheiten, eine hoffnungsvolle Vision davon bietet, was ein Zusammenleben auf eine gerechte und dauerhafte Weise mit sich bringen könnte. Ich empfinde das so, dass diese Aussicht des Einsatzes für einen zivilgesellschaftlichen Aktivismus, für die BDS-Kampagne, für die Anerkennung und Honorierung des palästinensischen Widerstandes, der in Form von Hungerstreiks und Demonstrationen stattfindet, dass all dies Teil einer weltweit wachsenden Anerkennung dessen ist, dass die Schikanie der Palästinenser uns alle fordert, im Namen von Frieden und Gerechtigkeit verantwortlich zu handeln.

Vielen Dank und ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Anstrengungen und Unternehmungen dieses Tages.

Abschrift des Video-Beitrages von Richard Falk:

„Stuttgart: 2. Palästinakonferenz - Prof. Richard Falk - BDS und Perspektiven für einen Staat“

<https://www.youtube.com/watch?v=fGB9H3ELsDE>

G. Reiter